**RESOLUTION DES GEMEINDERATS DER STADT GÜGLINGEN**

Immer mehr gerät das Zabergäu durch fehlende oder nicht gehaltene Versprechen der Verwaltung des Landkreises, sowie den daraus folgenden schmerzhaften Entscheidungen des Kreistages Heilbronn aufs Abstellgleis.

Auch Führungskräfte der großen Unternehmen des Zabergäus warnen nicht zum ersten Mal vor der Vernachlässigung der Infrastrukturen.

Für den Gemeinderat der Stadt Güglingen betrifft dies

* den Ausbauzustand der Kreisstraßen und deren Anschluss und Fortführung in die Nachbarkreise
* den Ausbau des ÖPNV im Zabergäu, insbesondere die fehlende zeitnahe Reaktivierung des
Schienenweges (Süd-Ast des HNV)
* die solidarische Finanzierung des gesamten ÖPNV ohne Überbeanspruchung einzelner Kommunen des Landkreises
* die Liquidierung des Krankenhauses mit unverbindlichen Versprechen zur Verzahnung

 von ambulanten und stationären Versorgungen

Die Antworten auf die Befürchtungen der Bürgerinnen und Bürger bezüglich der zukünftigen medizinischen Versorgung und ihrer Erreichbarkeit in einer dem demographischen Wandel unterworfenen Gesellschaft empfinden die Menschen als unbefriedigend.

Bürgerbeteiligung erfahren die Bürgerinnen und Bürger in diesem Zusammenhang nur als Einbahnstraße von oben nach unten.

Die Entscheidungen fallen in den Amtsstuben und Vorstandsetagen.

Als Beispiel nicht gehaltener Versprechen gilt auch die Küchenschließung im Krankenhaus Brackenheim. Die sehr gute Qualität der krankenhauseigenen Küche wurde nicht gehalten.

Ein weiteres Beispiel ist der Umgang mit Offenen Briefen, dem Förderverein Krankenhaus Brackenheim und den betroffenen Bürgern.

Bürgerbeteiligung erfolgt auf der Ebene bereits beschlossener Vorhaben.

Das macht bürgerschaftliches Engagement zur Farce.

Ohne das vom Förderverein Krankenhaus Brackenheim e. V. in Auftrag gegebene Gutachten zur Beurteilung / Machbarkeit der Neuausrichtung des Krankenhauses Brackenheim abzuwarten, wurde die Liquidierung des Krankenhauses am 7. November vom Kreistag mit deutlicher Mehrheit beschlossen.

Die Kreisräte sind dem Antrag von Landrats Detlef Piepenburg - gemäß der Vorgabe von SLK-Geschäftsführer Dr. Thomas Jendges - gefolgt und haben sich bewusst für die Schließung entschieden.

Die konkrete Ausgestaltung der Folgeeinrichtungen bleibt bis auf die Erweiterung der Geriatrie unbestimmt.

Die Gewerbesteuermillionen der Gemeinden des Zabergäus, besonders auch die hohen Zuflüsse aus Güglingen, alimentieren den Landkreis jedes Jahr mit erheblichen Beträgen. Die Menschen im Zabergäu erwirtschaften diese Millionen in den örtlichen Firmen aller Größenordnungen.

Das gilt natürlich in hohem Maße für unsere in Güglingen ansässigen Zabergäu-Weltmarktführer.

Die Bürger sind es leid dass ihre Gemeinden und Städte hohe Kreisumlagen bezahlen, ohne angemessene Berücksichtigung bei der Entwicklung notwendiger Infrastrukturen.

Deshalb setzt der Gemeinderat der Stadt Güglingen nicht nur politische Signale, sondern fasste in der Konsequenz auch Beschlüsse zur Ertüchtigung der kommunalen Selbstverwaltung.

Somit beabsichtigt die Stadt Güglingen der Erhöhung der Kreisumlage und dem zugrundeliegenden Umlagebeschluss zu widersprechen und ggfls. Klage einzureichen.

Die Kreisumlage und damit verbunden der Umlageschlüssel müssen auf den Prüfstand.

Zur Stärkung des südwestlichen Landkreises in seiner Position gegenüber der Landkreisverwaltung und zur generellen Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit sieht der Güglinger Gemeinderat darüber hinaus vor, einen Infrastrukturprojektausschuss der Zabergäu-Kommunen zu initiieren. Hierzu gibt es bereits positive Signale aus Brackenheim.

Der Gemeinderat der Stadt Güglingen setzt mit dieser Resolution und der Ankündigung von Rechtsmitteln gegen die ungerechte Kreisumlage ein einstimmiges Signal, um die weitere eklatante Benachteiligung des Zabergäus zu stoppen.

Damit wird das Ziel verfolgt, das Zabergäu politisch und infrastrukturell endlich so zu stärken, wie es seiner Wirtschaftskraft gebührt und seinen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber angemessen ist.